

konkrete Vorschläge erarbeitet worden. Änderungsbedarf und -vorschläge listet auch ein im Auftrag der Grünen im Europäischen Parlament erstelltes aktuelles Rechtsgutachten „Pathways to a Euratom Reform“ auf.

Wie realistisch ist es, eine einstimmige Position innerhalb der EU für eine Reform zu erreichen?

Einfach ist das nicht. Aber eine solche Konsensfindung ist letztlich auch bei allen anderen EU-Verträgen gelungen. Selbst Länder, die bisher noch auf Atomkraft setzen, haben unter Umständen ein Interesse daran, bestimmte Fragen oder Probleme im Zuge einer solchen Reform und/oder im Rahmen eines Deals zu lösen.

Ist ein Austritt aus Euratom möglich?

Ja – ein Austritt aus der EU, wie ihn Großbritannien anstrebt, bedeutet automatisch auch einen Austritt aus Euratom. Unter Verweis auf einen Passus im Vertrag von Lissabon

argumentieren Rechtsgutachten, dass auch ein alleiniger Austritt aus Euratom möglich ist. Die Europäische Kommission ist da allerdings anderer Ansicht. Im Zweifel müsste wohl der Europäische Gerichtshof die Frage klären. Offen ist auch, was es praktisch bedeuten würde, wenn EU- und Euratom-Mitgliedsstaaten nicht mehr identisch sind, ihre Organe aber weiterhin doch.

Welche atompolitischen Folgen hätte ein Austritt aus Euratom?

Ein Austritt einzelner Länder aus Euratom würde die atomfreundlichen Regelungen des Euratom-Vertrags weder ändern noch außer Kraft setzen. Da Euratom aus dem gemeinsamen EU-Haushalt finanziert wird, würde auch der Euratom-Etat nicht automatisch schrumpfen. Ein Austritt mehrerer Länder wäre aber ein politisches Signal, die Drohung damit könnte unter Umständen den politischen Druck für eine Reform des Euratom-Vertrags verstärken.

Was fordert .ausgestrahlt?

- **Atomkraftwerke abschalten, AKW-Neubauten verhindern – in ganz Europa!**
- **Euratom-Vertrag reformieren: Keine Förderung der Atomkraft mehr!**
- **Kein EU-Geld für die Entwicklung neuer Reaktoren!**
- **Europaweit volle Haftpflicht für AKW und strenge Strahlenschutzregeln!**

Weitere Informationen und Aktionen finden Sie unter ausgestrahlt.de/euratom

V.i.S.d.P.: J. Stay, .ausgestrahlt

Stand: Oktober 2018

.ausgestrahlt | Große Bergstraße 189 | 22767 Hamburg | info@ausgestrahlt.de | ausgestrahlt.de
Spendenkonto: .ausgestrahlt e.V. | IBAN: DE51 4306 0967 2009 3064 00 | BIC: GENODEM1GLS | GLS BANK | Verwendungszweck: ueura2018
Spenden sind steuerlich absetzbar.

.ausgestrahlt informiert
gemeinsam gegen atomenergie



Euratom – oder Europa ohne Atom

Fragen und Antworten zur Europäischen Atomgemeinschaft und zur Förderung der Atomkraft durch die EU

Was ist die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom)?

Ein vertraglicher Zusammenschluss von Staaten auf dem Gebiet der Atomenergie. Gegründet 1957 mit den Verträgen von Rom ist Euratom heute eine parallel zur Europäischen Union (EU) bestehende internationale Organisation, deren Organe allerdings mit denen der EU identisch sind. Alle EU-Mitglieder mussten deshalb bisher auch Euratom-Mitglied werden – unabhängig davon, ob sie überhaupt Atomkraftwerke betreiben oder betreiben wollen.

Wie viele der EU-Mitgliedern setzen noch auf Atomkraft?

Von den derzeit 28 EU-Mitgliedern betreiben 14 Staaten Atomkraftwerke: Frankreich (57 Reaktoren), Großbritannien (15), Deutschland (7), Belgien (7), Schweden (8), Spanien (7), Tschechien (6), Finnland (4), Slowakei (4), Ungarn (4), Bulgarien (2), Rumänien (2), Niederlande (1), Slowenien (1) – insgesamt 125 Reaktoren. Verlässt Großbritannien die EU, ist die Mehrzahl der verbleibenden 27 EU-Mitgliedsländer AKW-frei.

Was regelt der Euratom-Vertrag von 1957?

Die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Atomenergie und die Förderung derselben. Konkret

geht es etwa um Forschungsförderung, Wissens- und Informationsaustausch, Strahlen- und Gesundheitsschutz, Investitionen, Versorgung mit Atom-Rohstoffen sowie um Sicherheitsvorschriften.

Wie oft ist der Euratom-Vertrag schon inhaltlich aktualisiert worden?

Noch nie.

Wer bestimmt, was Euratom macht?

Die Europäische Kommission (Kommissar für Energie/Generaldirektion Energie), das Europäische Parlament (Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie) sowie der EU-Ministerrat (Rat für Verkehr, Telekommunikation und Energie; von deutscher Seite das Wirtschaftsministerium). Bei Rechtsstreitigkeiten sind die EU-Gerichte zuständig.

Wer finanziert Euratom?

Die Euratom-Rahmenprogramme werden aus dem allgemeinen EU-Haushalt finanziert, also von allen EU-Mitgliedsstaaten gemeinsam entsprechend ihres Beitrags zum EU-Haushalt. Deutschland trägt somit gut 21 Prozent der Kosten. Das EU-Parlament teilt sich das Budgetrecht mit dem EU-Ministerrat, in welchem die EU-Finanzminister sitzen. Es kann daher nur begrenzt Einfluss auf den Euratom-Etat

und dessen einzelne Positionen nehmen. Für den Zeitraum 2014–2018 stehen Euratom 1,6 Milliarden Euro für Forschung und Ausbildung zur Verfügung. Für 2019/2020 sind weitere 770 Millionen Euro vorgesehen. Hinzu kommen 2,9 Milliarden Euro (2014–2020) für das Fusionsforschungsprojekt ITER sowie etwa 25 Millionen Euro Verwaltungsausgaben pro Jahr. Für den Zeitraum 2021–2027 hat die EU-Kommission ein Budget von 2,4 Milliarden Euro für Forschungs- und Ausbildungsvorhaben von Euratom vorgeschlagen.

Fördert Euratom den Bau von Atomkraftwerken?

Nicht direkt, aber indirekt. Erstens über viele atomkraftfreundliche Regelungen etwa bei der (nur minimalen) Haftung für Atomunfälle. Zweitens, weil die im Euratom-Vertrag festgeschriebene Förderung der Atomenergie es den Mitgliedsstaaten erlaubt, Bau und Betrieb von AKW mit wettbewerbswidrigen – und deshalb in der EU normalerweise verbotenen – Regelungen zu unterstützen. Dies ist etwa beim geplanten AKW Hinkley Point C in Großbritannien sowie bei der geplanten Erweiterung des AKW Paks um zwei neue Reaktoren der Fall.

Was hat Euratom mit dem geplanten AKW Hinkley Point C zu tun?

Der geplante Reaktor ist so teuer, dass er sich unter marktwirtschaftlichen Bedingungen niemals rechnen würde. Die britische Regierung sagte dem Betreiber deshalb für 35 Jahre einen exorbitanten Einspeisetarif für den Atomstrom und andere Vorzugsregeln zu. Gegen diese Wettbewerbsverzerrung zogen Ökostromversorger und das Land Österreich vor Gericht. Der Europäische Gerichtshof wies die Klage Mitte 2018 in erster Instanz mit der Begründung ab, dass der Euratom-Vertrag die Förderung der Atomkraft explizit erlaube.



Grafik: www.schierleger.de

Österreich hat dagegen Berufung eingelegt, das Urteil ist deshalb noch nicht rechtskräftig.

Fördert Euratom auch die Entwicklung neuer Reaktoren der sogenannten „Generation IV“?

Ja. Euratom ist Mitglied des „Generation IV International Forum“ und forscht etwa im Institut für Transurane in Karlsruhe, einer Gemeinsamen Forschungsstelle („Joint Research Center“, JRC) der Europäischen Kommission, zu Flüssigsalzreaktoren und den darin nötigen Wiederaufarbeitungstechniken. Allein für die Atomforschungen und Arbeiten des JRC stehen Euratom im Zeitraum 2014–2018 rund 560 Millionen Euro zur Verfügung.

Was ist mit dem Fusionsreaktorprojekt ITER?

Euratom fördert die Fusionsforschung allgemein mit dreistelligen Millionenbeträgen. Die Euratom-Beiträge für das Fusionsreaktorexperiment ITER, das im südfranzösischen Cadarache in Bau ist, sind seit 2014 aus dem Euratom-Rahmenprogramm ausgeklammert. Die 2,9 Milliarden

Euro (2014–2020) werden als eigener Haushaltsposten geführt, sind inhaltlich aber nach wie vor Euratom zuzurechnen. ITER wird nach letzten Schätzungen mehr als 20 Milliarden Euro kosten; Strom wird das Experiment niemals erzeugen.

Wer macht sich bisher für eine Reform von Euratom stark?

Umweltverbände, Anti-Atom-Organisationen und Ökostromanbieter aus mehreren europäischen Ländern, die Grünen und die Linken im Bundestag und im Europaparlament, außerdem die „Allianz der Regionen für einen schrittweisen europaweiten Atomausstieg“, zu der sich bisher 15 Regionen aus Deutschland, Österreich und Belgien zusammengeschlossen haben. Die Umweltminister*innen von Deutschland, Österreich und Luxemburg haben zumindest angekündigt, weitere Länder für eine Euratom-Reform gewinnen zu wollen.

Wie steht Deutschland zu Euratom?

Bei der Verabschiedung des Vertrags von Lissabon, der die EU reformierte, hielten Deutschland, Irland, Österreich, Schweden und Ungarn 2007 in einer Protokollerklärung fest, dass die „zentralen Bestimmungen“ des Euratom-Vertrages „aktualisiert werden müssen“ und plädierten dafür, „so rasch wie möglich“ eine Reformkonferenz einzuberufen. Im Koalitionsvertrag von 2017 sprach sich die große Koalition gegen eine EU-Förderung für neue AKW aus und vereinbarte auf Initiative der SPD, sich „dafür ein(zu)setzen, dass die Zielbestimmungen des EURATOM-Vertrages hinsichtlich der Nutzung der Atomenergie an die Herausforderungen der Zukunft angepasst werden“. Das CDU-geführte Wirtschaftsministerium, das für Euratom zuständig ist, sieht allerdings bisher „keinen Handlungsbedarf“.

Wer kann den Euratom-Vertrag ändern?

Einen Antrag, den Vertrag zu ändern, kann jeder Euratom-Mitgliedsstaat, die Europäische Kommission oder das Europäische Parlament stellen. Stimmt der EU-Energieministerrat dem mehrheitlich zu, kommt ein entsprechendes Verfahren in Gang. Am Ende müssen die Regierungen aller Euratom-Mitgliedsstaaten der Vertragsänderung zustimmen.

Wie sähe ein solches Reform-Verfahren aus?

Der Präsident des Europäischen Rats, derzeit Donald Tusk, würde nach einem entsprechenden Vorschlag der EU-Energieminister und nach Anhörung von Europäischer Kommission und Europäischem Parlament einen Reform-Konvent einberufen, der unter Beteiligung der nationalen Parlamente und Regierungen sowie des Europaparlaments und der Europäischen Kommission eine Reformempfehlung aushandeln könnte. Die Regierungen aller Mitgliedsstaaten müssten dieser bei einer anschließenden Regierungskonferenz zustimmen.

Was kann die Bundesregierung dafür tun?

Sie könnte unter den Euratom-Mitgliedsstaaten für eine Reform werben und dann einen Reformantrag im EU-Energieministerrat einbringen.

Enthält der Euratom-Vertrag nur Mist?

Nein. Es gibt etliche Regelungen, etwa zur Überwachung der Sicherheit von Atomanlagen oder dem Strahlen- und Gesundheitsschutz, die nicht einfach ersatzlos über Bord geworfen werden sollten.

Gibt es schon Vorschläge für eine Reform des Vertrages?

Ja. Im Zuge der Verhandlungen über eine EU-Verfassung sind dazu vor Jahren schon